

fen und eine der beiden Stammesgruppen auszulöschen, stürze das Land immer von neuem ins Chaos. Vom *Ausland* erwarten die Bischöfe Hilfe in zweierlei Form: 1. Unterstützung bei der Entwicklung des Landes zum Abbau der sozialen Spannungen, 2. Verzicht auf jegliche Waffenlieferung an eine der beiden Seiten.

Nach Meinung der „Missio-Korrespondenz“ (73/4) läßt das Schreiben, das frei von geistlichen Allgemeinplätzen (wie frühere Verlautbarungen) ist, doch „eine eigenständige geistliche Sicht der Probleme vermissen“. Ein wenig erwecke es den Eindruck „eines der offiziellen Regierungsmeinung angepaßten Dokumentes“. Dieser Vorwurf läßt sich erhärten, wenn man die Aussagen der Bischöfe mit den Auszügen eines Interviews mit Präsident *Micombero* vergleicht (Time, 23. 7. 73). Beide Seiten halten daran fest, daß eine politische Mehrheit und nicht eine ethnische Minderheit regiere.

Stammeskonflikte bleiben die Hauptursache

Der im gemeinsamen Appell der Bischöfe vermißte „pastorale“ Aspekt findet sich in dem am 17. Juni 1973 in den Kirchen der Diözese Bururi kommentarlos verlesene Hirtenbrief von Bischof *Joseph Martin*, dem einzigen Belgier unter den sonst einheimischen Bischöfen. Unter dem Leitwort „Du sollst nicht töten“ zieht er gegen die neuerdings im Gefolge der blutigen Auseinandersetzungen weitverbreitete Ansicht zu Felde, daß Töten in diesem Kampf ein Akt des Heldentums sei. Entschieden wendet er sich gegen die Beraubung der Mitglieder des anderen Stammes, gegen Haß und die Erniedrigung anderer Menschen der gleichen Nation.

Die *Bischöfe Ruandas* äußerten sich mehrfach zu den Vorfällen sowohl in Burundi als auch im eigenen Lande. Nachdem sie Ende vergangenen Jahres bereits die offizielle Darstellung Burundis über die Hintergründe des dortigen Massakers als einseitige Inter-

pretation verworfen hatten (vgl. HK, Februar 1973, 103), sprachen sie im Februar ihr Bedauern über die Vorfälle in Ruanda aus, deren Opfer Schüler, Studenten, Angestellte und Arbeiter „einer ethnischen Gruppe“ waren. Wörtlich hieß es: „Das göttliche Gesetz sowie die Erklärung der Menschenrechte, die Ruanda unterzeichnet hat, und der Text der Verfassung Ruandas stehen im krassen Gegensatz zu den Prozessen der Ausschaltung und Verfolgung auf rassistischer Basis.“ Von ihnen wurde im Unterschied zu den Bischöfen Burundis auch zugegeben, daß rassistische Unterschiede Hauptursache für das Morden waren. In einem zusätzlichen Schreiben der fünf Bischöfe an die Priester ihrer Diözesen erklärten sie einen Monat später, nicht mit Schweigen über die „tragischen Ereignisse“ hinweggehen zu können, denen allein in den Präfekturen Gitarama und Kibuye mindestens 500 Menschen und Tausende von Hütten und Häusern zum Opfer gefallen seien.

Um was es in dem Konflikt geht, sagen in bezug auf Burundi am deutlichsten die Bischöfe des benachbarten *Tansania*, wohin bisher mindestens 50 000 Bahutus aus Burundi geflohen sind. In einer Erklärung vom 23. Juni heißt es u. a.: man habe mit großer

Sorge die Berichte von der Fortsetzung des Flüchtlingsstroms studiert. Daraus müsse man schließen, daß der „Vernichtungskrieg“ zwischen den beiden Volksgruppen weitergehe. „Wir beklagen diesen unmenschlichen und unchristlichen Brudermord und appellieren an alle Menschen guten Willens in der Welt, sich einzuschalten, um diesen Konflikt zu beenden“ (vgl. Fides, 11. 7. 73). *Tansanias* Bischöfe bemühen sich zugleich um materielle Hilfe für die Flüchtlinge. Gemeinsam mit Organisationen wie der katholischen Caritas und dem Lutherischen Weltbund schufen sie größere Versorgungsprojekte. Regierungskreise in Burundi verfolgen diese Maßnahme mit Mißtrauen, da sie in den Flüchtlingslagern in Grenznähe eine ständige Bedrohung und den Keim für neue Umsturzversuche sehen. Zusätzlich ins Schußfeuer der burundischen Propaganda gerieten jüngst christliche Gewerkschaftskreise in Belgien, denen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vorgeworfen wird. Ausgangspunkt für diese Attacken sind Bemühungen von Pax Christi und der christlichen Gewerkschaftsorganisation, die belgische Regierung zur Einstellung von Waffenlieferungen an Burundi und zu Boykottmaßnahmen zu veranlassen.

Brasilianische Bischöfe wenden sich gegen die Regierung

Seit Frühjahr 1973 haben sich mehrfach Gruppen brasilianischer Bischöfe zu Wort gemeldet, die die sozialen Zustände im Lande anprangern und das Verhalten der Militärregierung offen kritisieren. Die häufiger und schärfer werdenden Wortmeldungen von Bischöfen und die Reaktionen seitens der Regierung und der Polizei zeigen, wie sehr sich der Konflikt zwischen dem Militär und einer größer werdenden Zahl von oppositionellen Bischöfen seit der letzten Vollversammlung der Bischofskonferenz im Februar ds. Jahres (vgl. HK, Mai 1973, S. 249 ff.)

zugespitzt hat. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen und Aufrufen der 13. Vollversammlung der *brasilianischen* Bischofskonferenz (CNBB) wurde am 6. Mai 1973 in Recife ein 27 Seiten starkes Dokument über die Situation im Nordosten Brasiliens veröffentlicht. Das von 13 Bischöfen und 5 höheren Ordensoberen unterzeichnete Schriftstück besticht durch eine nüchterne Analyse der Fakten und eine engagierte Theologie der Befreiung. „Wir haben den Aufschrei des nordöstlichen Menschen anzunehmen, der nach dem Dienst der Befreiung

schreit, der uns in seinem Hunger und Durst nach Gerechtigkeit anruft, sein Schicksal zu teilen.“

Anklage aus dem Nordosten

Außerer Anlaß dieser Veröffentlichung war das Jubeljahr der Erklärung der Menschenrechte und der 10. Jahrestag der Enzyklika „Pacem in Terris“ Johannes' XXIII. Im ersten Teil wird die Realität des Menschen im Nordosten anhand offizieller statistischer Daten aufgezeigt: 1. Das *Pro-Kopf-Einkommen* des Nordostens beträgt heute etwas mehr als 200 Dollar oder ungefähr die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens Brasiliens und nur ein Drittel des Pro-Kopf-Einkommens von São Paulo. 2. 23% der *arbeitsfähigen Bevölkerung* sind arbeitslos oder Gelegenheitsarbeiter 3. Die dauernde *Unterernährung* erzeugt eine Reduzierung der physischen Statur und das Auftreten einer großen Anzahl von geistig verkümmerten Menschen. 4. Von den fünf Millionen vorhandenen *Wohnungen* haben 76% kein fließendes Wasser, 73% keine sanitären Anlagen, 75% keine elektrischen Einrichtungen. 5. 60% der Personen über fünf Jahre sind Analphabeten. 6. In dieser Region leben etwa 100 000 Tuberkulosekranke, zu denen jährlich 30 000 neue Erkrankungen hinzukommen. 7. Im Nordosten sterben auf 1000 Lebendgeborene etwa 180 Kinder. 8. Das mittlere Lebensalter beträgt 50 Jahre, für Männer nur 47 Jahre.

Nach einem Blick auf die geschichtlichen Wurzeln der Situation im Kolonialbrasilien mit seinem Patriarchalismus und der Verformung des Gottesbildes zu einem magischen Gott wird die Frage gestellt: Ist der Nordosten auf dem Weg zur Entwicklung? Am Beispiel der im Jahre 1959 so hoffnungsvoll gegründeten nordostbrasilianischen Entwicklungsgesellschaft SUDENE wird gezeigt, daß sie durch eine innere Logik des rein kapitalorientierten Systems Opfer eines Entleerungsprozesses wurde. Die Haus-

haltungsmittel wurden reduziert von 1,4% auf 0,4% des Bundeshaushaltes im Jahre 1970. 30% der Einnahmen aus den steuerbegünstigten Investitionen wurden zum Bau der Transamazonica verwendet. Zuletzt wurden 1971 mehr als 20% der Mittel für PROTERRA (Agrarreformgesellschaft) abgezweigt. Auf die Frage, ob die Unterentwicklung des Nordostens ein unabwendbares Faktum ist, lautet die Antwort: Die Wirtschaftspolitik der Militärregierung paßt alle sozialen und politischen Einrichtungen den Forderungen der übernationalen Kapitalausdehnung an. Die Verfassung wird durch den konstitutionellen Akt Nr. 5 vollkommen der Regierung ausgeliefert, die durch interne Spionage und Geheimpolitik, Vergewaltigung der Menschenrechte durch Mord und Folterungen einen offiziellen Terrorismus ausübt. Das brasilianische Wunder von Volksglauben, Verehrung und Hoffnung entkleidet, setzt sich nur die Förderung der Reichen zum Ziel, während die Armen noch mit Opfern bestraft werden. „Auf der ‚Wunderstrecke‘ steht die relative und absolute Verarmung des Volkes.“ Diese Elendsituation erhalte vor allem auf dem Lande tragische Züge. Dort bleibe dem Landarbeiter in seiner Randexistenz entweder nur der Kampf um das Land oder die Auswanderung zu den Großstädten, „wo er wiederum ausgebeutet wird als billige Arbeitskraft, sei es, daß er Brasília baut oder die Transamazonica“. Die Unterzeichner des Dokuments sehen deshalb Parallelen zum Alten Testament: „Wie in den Zeiten des Moses erfüllt ein Volk, das sich zu verwirklichen sucht und das Joch seiner Sklaverei abschüttelt, einen Aspekt der Weisungen Gottes, wird es zum Wegzeichen, selbst ohne es klar zu erkennen, der Erlösung, die sich in ihm vollzieht.“ Das Dokument endet mit dem Verweis auf die verbleibende Hoffnung und auf die Möglichkeit der Befreiung: „Brüder, das Wort Jesu, in seiner endzeitlichen Botschaft, ist für uns von unvergleichlicher Kraft in dieser dunklen Stunde, aber auch erfüllt von dem Versprechen: ‚Richtet Euch auf, und erhebet Euer Haupt! Es naht Eure Befreiung!‘ (Lk 21, 28)“.

Bischöfe aus der Westregion schließen sich an

In einem 60 Seiten starken Dokument beklagen sechs Bischöfe der Zentralwestregion Brasiliens die immer stärker werdende „Randexistenzweise eines Volkes“. Das Dokument, das den Untertitel „Aufschrei der Kirchen“ trägt, wurde gleichzeitig mit dem Nordost-Dokument am 6. Mai 1973 veröffentlicht und ist durch nüchternes Zahlenmaterial (16 Seiten statistischer Anhang) und dezidierte Aussagen über das sozioökonomische System Brasiliens, vor allem im Hinblick auf die Landbevölkerung, gekennzeichnet. Die Produktionsstruktur im ländlichen Gebiet ist stark durch den Großgrundbesitz charakterisiert, der immer mehr wächst, während das Volk ohne Arbeit bleibt. Bei der Bezahlung herrscht der Tagelohn vor, der 1973 in der Erntezeit bei 6—10 Cruzeiros (= 2.40 bis 4.00 DM) liegt. Sozialleistungen, obwohl vorgeschrieben, werden nicht gezahlt. Die Herren des Landes oder ihre Verwalter machen ihre eigenen Gesetze. Die Regierungspolitik unterstützt dieses System durch Steuer- und Finanzierungsvorteile für die großen Landwirtschaftsbetriebe. Kritisch äußern sich die Bischöfe zu den Absichten der Regierungseinrichtung INCRA, die sich die Kolonisierung und die Agrarreform zum Ziel gesetzt hat, ohne die Besitzstrukturen zu verändern. Eine solche Agrarreform könne nur Flickwerk sein. Eine Reform, an der die Bauern nicht beteiligt werden, sei eine Reform gegen sie. Mag auch die Produktion steigen, das Volk wird dabei immer mehr an den Rand gedrückt. In harten Worten wird der sogenannte „Brasilianische Kapitalismus“ angeprangert, der ohne Grenzen, modern und westlich sein und das „brasilianische Wunder“ bewirkt haben soll. Es handelte sich dabei aber um ein „ausländisches Wunder“, das auf Konzentration und Zentralisierung gerichtet sei und Abhängigkeit schaffe. Selbst die geforderte Modernisierung der Betriebe ist mehr von dem Interesse bestimmt, die billigen Arbeitskräfte und Rohprodukte in Brasi-

lien auszunutzen, um zu exportieren. An diesem brasilianischen Wunder haben nur 1% der Bevölkerung Anteil, d. h. eine Million von 100 Millionen. 5% haben davon vielleicht noch gewisse Vorteile. Den größten Nutzen haben aber die Ausländer. In dieser kapitalistischen Gesellschaft sehen es die Bischöfe als ihre Hauptaufgabe an, die zunehmende Randexistenzweise und diesen Typ von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, der diese Marginalität produziert, anzuprangern. Die Kirche könne nicht die Arme verschränken. Sie müsse den Zusammenschluß aller Arbeiter unterstützen, weil diese sich sonst niemals befreien könnten.

Die Bischöfe sind der Überzeugung, daß das Volk verstanden habe, wie nötig es ist, die Furcht vor Veränderung zu besiegen, die Drohungen der Geldherren und das ängstliche Geschwätz mancher Kameraden zu ignorieren.

Zu den Unterzeichnern dieses Dokumentes gehörte neben Bischof Casaldáliga von São Felix der 63jährige Bischof von Goiania, *Dom Fernando Gomes*. Durch seine mutigen Stellungnahmen zur Reaktion auf das Dokument wurde er zum Sprecher der Bischofsgruppe der Zentralwestregion; denn „obwohl es sich um eine Studie als ‚Beitrag zur Reflexion‘ handelte, hat das Dokument die wachsamten Hüter des Regimes aufgeschreckt. Die Repressalien richteten sich nicht gegen die Autoren des Dokumentes, sondern gegen den Besitzer der Druckerei und einige seiner Mitarbeiter (Hirtenbrief vom 4. 7. 73).“ Er und seine Mitbrüder im Amt übernehmen jedoch die volle Verantwortung für dieses Dokument. Man solle sich also mit dem Anklagen an sie wenden. Genauso entschieden trat er der Kritik aus den eigenen Reihen entgegen. Am 19. Juni hatte nämlich Kardinal *Vicente Scheerer*, der Erzbischof von Porto Alegre, in einer Radioansprache die These verteidigt: Für die Kirche gehöre es sich nicht, Meinungen über die Wirtschaftspolitik zu äußern. Dabei wandte er

sich direkt gegen das Dokument der 13 Bischöfe und 5 Ordensoberen des Nordostens. Er verteidigte das Privateigentum und die Initiative des einzelnen und hält die Sozialisierung oder Nationalisierung der Produktionsmittel für das Charakteristikum wirtschaftlicher, politischer, kultureller und religiöser Diktaturen. Dagegen verteidigte Erzbischof Gomes zunächst den Pluralismus der Meinungen auch unter den Bischöfen, obwohl das jetzige Militärregime natürlich solche Meinungsverschiedenheiten als wichtige Trümpfe in seiner gekonnten Propaganda ausnutzt. Bei der Diskussion um das Eigentum müßte seine soziale Funktion besonders hervorgehoben werden, vor allem in dem jetzigen brasilianischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Im übrigen, so meinte Bischof Gomes, habe der Kardinal das Nordost-Dokument, das von den Zensurbehörden unterdrückt wurde, durch seine Ansprache weiteren Kreisen bekannt gemacht.

Verhaftungen und eine Entschuldigung

Am 16. Juni waren Polizisten in das Generalvikariat der Erzdiözese Olinda-Recife eingedrungen und hatten die vorhandenen Exemplare des Dokumentes der nordostbrasilianischen Bischöfe und Ordensoberen beschlagnahmt. Neben dem erwähnten Dokument nahmen sie auch Exemplare der Ansprache mit, die *Dom Hélder Câmara* gehalten hatte, als er für die Ehrung des Klerus aus Anlaß des 150-jährigen Bestehens des Parlamentes dankte. In einer Art Husarenstreich gelang es Hélder Câmara vor dem Parlament des Staates Pernambuco am 31. Mai 73 die Parlamentarier zu ermahnen, sich für die Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes einzusetzen. Wie könne man an eine echte Entwicklung glauben, wenn man Kritik fürchte und bekämpfe. Es sei überhaupt bedauerlich und hart, daß dieses 150jährige Jubiläum des Bestehens eines Parlamentes in Brasilien in einer Zeit gefeiert werden müs-

se, in der die Parlamentarier die totale Entleerung ihrer Aufgabe erlebten. Aufgrund dieser Ansprache wurde der verantwortliche Parlamentssekretär von der Zentralregierung seines Amtes enthoben. Und auch die Verhaftungen zweier Mitarbeiter Dom Hélders am 26. Juli können nur als Repressalien aufgrund seiner Kritik verstanden werden.

In diesem Zusammenhang muß auch die Verurteilung des Priesters *Fernando Jentel* am 28. Mai zu 10 Jahren Gefängnis und die Gewaltmaßnahmen gegen seinen Bischof *Dom Pedro Casaldáliga* der Diözese São Felix de Araguaia gesehen werden. Bischof Casaldáliga hatte diesen Prozeß als einen Schauprozeß bezeichnet (*Notícias da CNBB* 1. 6. 73) und seinen Pfarrer Jentel gegen alle Verleumdungen und Verdächtigungen in mehreren Hirtenbriefen und Dokumentationen verteidigt.

Wörtlich erklärte der Bischof: „Der Schauprozeß des Priesters Francisco, zusammen mit der langen Geschichte von Pseudoprozessen und Vergewaltigungen der grundlegendsten Menschenrechte zwingt uns mit der Macht des Evangeliums zu einer radikalen Bejahung aller damit verbundenen Verpflichtungen.“ Anfang Juli 73 war dann das Haus des Bischofs von Polizeibeamten umstellt worden. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli drangen sie gewaltsam in das Haus ein, verhafteten die vier in der Begleitung des Bischofs befindlichen Priester, schlugen sie brutal zusammen und hielten sie auf einer benachbarten Farm bis zum Morgengrauen gefangen. Der Bischof wurde unter Hausarrest gestellt, der erst Anfang August von den Behörden aufgehoben wurde. Die Zentralregierung hat sich, wohl auf die starken Proteste der Brasilianischen Bischofskonferenz hin, beim Bischof von São Felix entschuldigt. Die Presse war von der Zensur angewiesen worden, alle Kommentare und Nachrichten über die Aktion der Militärpolizei von Mato Grosso in der Prälatur São Felix zu unterlassen (*Notícias da CNBB* 13. 7. 73).